



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE SICHT AUF DIE EUROPÄISCHE UNION UND DEN EURO

- ANALYSE
Der EUROSkeptizismus der Europa-Optimisten 2
Rafał Riedel, Chemnitz
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Meinungen zur Europäischen Union und zum Euro 6

- CHRONIK
21. April 2015 – 4. Mai 2015 18

Der EUROskeptizismus der Europa-Optimisten

Rafał Riedel, Chemnitz

Zusammenfassung

Das Ziel dieser Analyse ist, das Phänomen des EUROskeptizismus der Polen vor dem Hintergrund der in Polen weit verbreiteten positiven Einstellung gegenüber der Europäischen Union und dem Prozess der europäischen Integration darzustellen. Dieser vermeintliche Widerspruch wird auf der Grundlage von europaweiten (Eurobarometer) und polnischen (CBOS) Meinungsumfragen erläutert. Die Ergebnisse werden durch das Prisma der wichtigsten politischen und ökonomischen Standpunkte interpretiert sowie auch in ihrer Veränderung im Laufe der Zeit betrachtet.

EUROskeptizismus wird hier als Komplex von Einstellungen und Ansichten wie auch kritischen Aktivitäten im Hinblick auf die Währungsunion im vereinten Europa aufgefasst. Dabei unterscheiden sich die EUROskeptischen Argumente in den Ländern der Eurozone naturgemäß von denen außerhalb derselben. Auch gibt es deutliche Unterschiede in den kritischen Einstellungen innerhalb dieser beiden Gruppen. Im Falle Polens kreisen sie um die Frage einer eventuellen Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Geldpolitik. Gleichzeitig sind die EUROskeptischen Ansichten in das größere Phänomen des Europaskeptizismus eingebettet, der in Polen bisher in sehr moderater Form auftrat. Grundsätzlich vertreten sowohl die polnische Gesellschaft als auch die politischen Eliten eher eine europafreundliche Haltung. Auf gesellschaftlich-politischer Ebene trat eine europaskeptische Einstellung erst im Zusammenhang mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union deutlich hervor, und zwar in der Phase vor dem Beitrittsreferendum im Jahr 2003. Vorher, unmittelbar nach 1989, auf der Welle des Transformationsmottos »Rückkehr nach Europa«, war man der EU mit Zweckoptimismus begegnet, als einer Art gelobtem Land, das politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand bietet. Dies veränderte erst der Prozess der Beitrittsverhandlungen, als die Europäische Union aufhörte, das »gelobte Land« zu sein und sich auch in Form von Übergangsphasen, Beschränkungen, und Produktionsquoten darstellte. Damals tauchten auf der politischen Bühne, jedoch auch das nur saisonal, offen europaskeptische Parteien auf, wie zum Beispiel die *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* – die interessanterweise nach den ersten Jahren der EU-Mitgliedschaft Polens schrittweise aus dem politischen Geschehen verschwand –, wie auch gemäßigt europaskeptische Parteien, die sich ihrerseits als europarealistisch beschrieben, wie zum Beispiel *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*. Dies war eine normale Folge der sinkenden Unterstützung für die Idee der Mitgliedschaft in der Europäischen Union seit Mitte der 1990er Jahre bis zum Ende

der Beitrittsverhandlungen im Dezember 2002 (siehe Grafik 2 auf S. 6).

Erst infolge der Intensivierung des »Regierungsprogramms zur Information der Bevölkerung«, das ursprünglich als Informations- und Bildungskampagne gedacht war, sich aber angesichts der sinkenden Zustimmung in den Meinungsumfragen zur Mitgliedschaft Polens in der EU in eine Werbekampagne wandelte, kehrte sich der Trend um. Die Kampagne direkt vor dem Referendum brachte die Trendwende, die sich bis zu Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 halten sollte. Die Zustimmung zur europäischen Integration stieg in den ersten Jahren der EU-Mitgliedschaft systematisch an. Dies war das Ergebnis dessen, dass sich die Ängste vor unerwarteten Folgen der Mitgliedschaft zerstreut hatten und dass die polnische Bevölkerung und Wirtschaft wesentliche Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu nutzen wussten – vor allem waren dies neben dem Zugang zum gemeinsamen Markt die EU-Fonds, insbesondere der Kohäsionsfonds und die Strukturfonds: Bedingt durch die stärker werdende Regionalpolitik, wurde Polen der größte Budgetempfänger in der EU, und zwar auf Kosten Frankreichs, das bis zur Erweiterung der Union im Rahmen der Agrarpolitik am meisten vom EU-Budget profitiert hatte.

Dieser positive Trend wurde erst im Jahr 2008 aufgehalten, was nach Ansicht vieler Experten mit der europäischen Wirtschaftskrise verbunden war, die in der ganzen EU den Anstieg europaskeptischer Einstellungen beförderte. Allerdings muss auch auf die banale Wahrheit verwiesen werden, dass sich die Unterstützung für die Europäische Union in Polen damals um zirka 90 Prozent bewegte und schlicht und einfach nicht mehr wachsen konnte. Darüber hinaus verliert das Argument vom Einfluss der Krise auch angesichts der Wirtschaftsdaten an Gewicht, die deutlich zeigen, dass Polen das einzige Land in der EU war, das während der gesamten Krisenjahre ein positives Wirtschaftswachstum aufwies. Die polnische Wirtschaft zeigte zwar eine gewisse Abschwächung ihrer Wachstumsdynamik, war aber vor

dem Hintergrund der gesamten EU und insbesondere der anderen Länder Ostmitteleuropas eine Ausnahme.

Dennoch muss ehrlicherweise festgestellt werden, dass es im Jahr 2008 eine Trendwende gab. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern war dies allerdings die am wenigsten ausgeprägte Form von Europaskeptizismus, was die von Eurostat erhobenen Daten im neuesten »Eurobarometer« belegen (siehe Tabelle 3 und 4 auf S. 16 und 17).

Der Ukraine-Konflikt beeinflusst die Wahrnehmung der EU

Interessanterweise wurde die Dosis des Europaskeptizismus, die sich in Polen in den Jahren 2008 bis 2012 zeigte, mit den Ereignissen östlich der polnischen Grenze korrigiert. Der Anblick der Fahnen der Europäischen Union auf dem Kiewer Majdan im Winter 2013/14, die dezidierte Europaorientierung eines beträchtlichen Teils der ukrainischen Gesellschaft und weiter die dramatischen Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine stellten für die Polen wichtige Bezugspunkte dar. Für viele war es ein ernüchterndes Moment, der mit aller Deutlichkeit die Alternative der strategischen prowestlichen Entscheidungen zeigte, die Polen nach 1989 getroffen hatte. Der russisch-ukrainische Konflikt wird in Polen im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedern als größte Bedrohung wahrgenommen, was vor dem Hintergrund der schwierigen historischen (und gegenwärtigen) Beziehungen zu Moskau und der Ukraine-Sympathie eines bedeutenden Teils der polnischen Bevölkerung sowie der Tatsache verständlich ist, dass Polen das einzige EU-Mitglied ist, das eine gemeinsame Grenze sowohl mit Russland als auch mit der Ukraine hat. Viele Polen erinnern sich auch, dass die wirtschaftliche Situation Anfang 1990 in Polen und in der Ukraine sehr ähnlich war. Seitdem ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Polens als Folge der gelungenen Schocktherapie und der Fortsetzung von Reformen um ein Vielfaches gestiegen, während die Ukraine in den Abgrund von Stagnation, Korruption, Oligarchisierung und Abhängigkeit von Moskau stürzte. Im Ergebnis schätzten die Polen ihren sozialen und wirtschaftlichen sowie auch ihren geopolitischen Status und die Bedeutung ihrer Zugehörigkeit zu den westlichen Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen. Infolgedessen erreichte die Unterstützung für die EU über 90 Prozent und es scheint, als könne diese nur aus statistischen Gründen nicht noch höher sein.

Die Verknüpfung des Ukraine-Konflikts mit der Wahrnehmung der EU sowie die Einstellung gegenüber der Situation in der Ukraine und der Politik Russlands heben die Polen deutlich von anderen Nationen Ostmitteleuropas ab. Der Frage »Meinen Sie, dass die Situation in der Ukraine die Sicherheit des Landes bedroht?«

stimmten mit 61 Prozent die meisten Polen zu, gefolgt von 57 Prozent der Slowaken, die eine gemeinsame Grenze mit der Ukraine haben, aber nur 48 Prozent der Ungarn, was offensichtlich das Ergebnis einer anders gestalteten Politik Budapests gegenüber Moskau ist.

Ernüchternd sind auch die Antworten auf die Frage, ob Russland nach Einfluss in unserem Teil Europas streben werde. 62 Prozent der Polen antworteten mit »ja«. Unter den Slowaken waren es nur 27 Prozent und von den befragten Ungarn stimmten 41 Prozent zu.

Eurozone – das »brennende Haus«

Allerdings geht der polnische Enthusiasmus für Europa nicht mit der Unterstützung für den Beitritt Polens zur Eurozone einher. In dieser Hinsicht erweisen sich die Polen als EUROskeptisch auf »britischem« Niveau. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern lassen sich als Faktoren, die EUROskeptizismus fördern, Fragen der Ökonomie, der Identität und der Politik unterscheiden. Versuche, sie auseinanderzudividieren, sind hauptsächlich akademischer Art, im realen Leben treten sie gleichzeitig auf und überlagern oder verstärken sich gegenseitig. Zudem weisen neueste Untersuchungen auch auf den Faktor Wirtschaftskrise als eine der stärksten Determinanten für die Einstellung gegenüber der Eurozone hin. Intuitiv würde man vermuten, dass dort, wo sich die Krise am stärksten ausbreitet, auch ein Anstieg des Europa- und EUROskeptizismus zu beobachten ist – in vielen Ländern ist dies auch der Fall. Allerdings gibt es auch Untersuchungen, die zu anderen als zu diesen intuitiven Überlegungen kommen, beispielsweise von Fabio Serricchio, Myrto Tsakatika sowie Lucia Quaglia, die schlussfolgern, dass die wichtigste Quelle für die gegenwärtige Welle des Europaskeptizismus nicht auf die Krise zurückzuführen ist, auch wenn sich natürlich der indirekte Einfluss der sich allgemein verschlechternden wirtschaftlichen Situation als wesentliche Determinante nicht ausschließen lässt.

In der Argumentation gegen die gemeinsame Währung haben Kritiker des Eurosystems von Anfang an darauf hingewiesen, dass die große wirtschaftliche Heterogenität des gemeinsamen Währungsraums die größte Bedrohung für dieses Projekt darstellt. Allein die Tatsache der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaften der EU-Länder ist eine Herausforderung. Unter den Bedingungen eines Marktes, der auf einer Zollunion ohne einheitliche Währung basiert, hatten die Länder mit geringerer Wettbewerbsfähigkeit die Möglichkeit, diese Schwäche über die Abwertung der eigenen Währung zu kompensieren. Der für den Export günstigere Währungskurs erlaubte dann den Exporteuren, »Luft zu schnappen«. Allerdings wurde im europäischen Zusammenhang dieses wichtige Argument

der unterschiedlich ausgeprägten Wirtschaftsstrukturen und unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit von politischen Argumenten überlagert. Der Druck der damaligen politischen Eliten der EU-Mitgliedsländer erwies sich als stärker. Es wurde schlicht argumentiert, dass die Währungsunion im Laufe der Zeit zu zunehmender Konvergenz führen würde.

Im Zusammenhang mit dem EUROskeptizismus muss allerdings auch festgehalten werden, dass ungefähr bis zum Jahr 2009 die deutliche Mehrheit der Beobachter die Eurozone als Erfolg bewertete. Die wichtigsten Vorteile, die herausgestellt wurden, waren die Tatsache, dass die Eurozone eine Zone des Wachstums mit niedriger Inflationsrate, des stabilen Währungskurses, niedriger Zinssätzen und mit leichtem Zugang zu Krediten ist, was den Anstieg des Handels und die wirtschaftliche Integration sowie auch die finanzielle Integration befördert. Sichtbarer Ausdruck dieses positiven Urteils war der Anstieg der Anzahl der Mitgliedsländer der Eurozone. Gegenwärtig gehören ihr 19 Länder an – erst im Januar 2015 trat Litauen, ein weiterer Nachbar Polens, der Eurozone bei.

Nach der größten Krisenwelle waren skeptische Stimmen zu hören, die vor allem auf folgende Aspekte hinwiesen:

- Die Eurozone war und ist kein vollständig optimaler Währungsraum,
- in der Konsequenz wird sie asymmetrischen Kostenschocks ausgesetzt;
- das schwache Niveau der fiskalischen Integration (die ein Allheilmittel im Kampf mit den asymmetrischen Schocks sein kann);
- die fehlende Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten;
- die Notwendigkeit, die Union zu praktizieren (Sanktionen bei fehlender Fiskaldisziplin, die Regulierung der Frage des Verhältnisses zwischen der Verschuldung der Banken und des Staates).

Jedes einzelne Argument bedürfte einer eigenen Analyse. Hier wäre nur wichtig darauf hinzuweisen, dass die genannten Fakten und Bewertungen schon vor der Finanzkrise 2007/2008 vorlagen. Dennoch erhielt die Eurozone bis dahin eher positive Bewertungen. Die Argumente der EUROskeptiker in der öffentlichen Debatte in Polen waren und sind von den genannten rationalen finanz- und wirtschaftspolitischen Argumenten weit entfernt. Sie verweisen zum Beispiel auf den zu erwartenden Teuerungseffekt, den Verlust der Souveränität oder die Unterordnung unter das deutsche Wirtschaftsmodell. Was die EUROskeptischen Argumente im Zusammenhang mit der Krise betrifft, müssten sie wiederum für jedes Mitgliedsland einzeln analysiert werden. In Griechenland werden andere präsentiert (vor

allem Kritik an den Sparmaßnahmen) als in Deutschland (vor allem Kritik an den Kosten der Hilfspakete für die südeuropäischen Staaten). In Polen wurde unterdessen die Wirtschaftskrise in Europa vor allem als Krise der Eurozone wahrgenommen, was nicht ganz der Wahrheit entspricht. Dessen ungeachtet verfestigte sich im öffentlichen Diskurs zur Frage des Beitritts Polens zur Eurozone die Überzeugung, dass man »nicht in ein Haus eintreten sollte, das brennt«. Darüber hinaus trugen die eigene Währung und ihr elastischer Kurs als automatischer Stabilisator der Wirtschaft während der Krise dazu bei, dass die polnische Wirtschaft relativ unbeschadet die Krisenwellen umschiffte.

Hoffnungen und Ängste – pro und contra EURO

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Stimmung in der polnischen Bevölkerung pro oder contra Währungsunion, ergibt sich nach dem neuesten Bericht des Meinungsforschungsinstituts CBOS zu diesem Thema (November 2014) folgendes Bild: Die Unterstützung für den Beitritt Polens zur Eurozone weist eine beständig fallende Tendenz auf. Diese ist mindestens seit dem Jahr 2002 wahrnehmbar, das heißt, sie begann sogar vor dem offiziellen Beitritt Polens zur Europäischen Union im Mai 2004. Die Phase der Wirtschaftskrise hatte keinen signifikanten Einfluss auf die Dynamik dieser Tendenz. Der Anteil der Gegner des Beitritts zur gemeinsamen Währung beträgt mit 68 Prozent deutlich die Mehrheit (siehe Grafik 8 auf S. 10).

Unter den drei wichtigsten Folgen der Einführung des Euro in Polen wird zuerst die Preissteigerung (64 Prozent der Befragten), gefolgt vom ungünstigen Wechselkurs für den Zloty in den Euro (42 Prozent) genannt. Der am häufigsten genannte positive Effekt, Erleichterungen für Reisende (35 Prozent), folgt an dritter Stelle (siehe Grafik 14 auf S. 14). Die Teilnehmer der Umfrage beurteilen eher negativ als positiv den Einfluss der eventuellen Zugehörigkeit Polens zur Eurozone aus der Perspektive der polnischen Wirtschaft im Allgemeinen und der polnischen Unternehmer (siehe Grafik 9 auf S. 10 und Grafik 10 auf S. 11), sowie eher negativ als positiv aus Sicht derjenigen, die einen Bankkredit aufnehmen (siehe Grafik 12 auf S. 12). Hier zeigt sich, dass in Polen ökonomische Bildung in diesem Bereich notwendig ist, suggeriert das wirtschaftliche Basiswissen doch gerade, dass hinsichtlich der Zinssätze von Bankkrediten die Mitgliedschaft in der Eurozone von großem Vorteil wäre. Die Zinssätze der Europäischen Zentralbank (EZB) bleiben auf einem relativ niedrigeren Niveau als die Zinssätze der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP). Darüber hinaus würde das Problem der Kreditaufnahme in Fremdwäh-

zung (in Polen vor allem in Schweizer Franken) und das damit verbundene Risiko getilgt.

Zusammenfassend lässt sich zuvörderst feststellen, dass das oberflächlich betrachtete Paradox der Koexistenz der einerseits starken proeuropäischen und prointegrativen Einstellung der Polen und des andererseits weitgehenden EUROskeptizismus weder ein zufälliges noch ein kurioses Phänomen ist. Die Argumente, die für die Zugehörigkeit Polens zur Europäischen Union allgemein sprechen, nämlich der Zugang zu einem einheitlichen Markt, die vier Freiheiten (Personen, Waren, Dienstleistungen, Kapital) und der Zufluss von EU-Geldern, sind andere Argumente als die im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Eurozone (die erwartete Verteuerung von Produkten und Leistungen). Dies ist typisch für eine Gesellschaft, die relativ arm ist und die sich eine Existenz aufbaut, und für eine Wirtschaft, deren Preise sich beständig auf niedrigem Niveau gehalten haben, was bis zu einem gewissen Grad das niedrige Einkommensniveau in Polen neutralisiert.

Von Bedeutung ist dabei auch der Faktor der Information. Einiges weist darauf hin, dass die Polen kein angemessenes Wissen über das Thema der Währungsintegration haben. Die deutliche Mehrheit erreicht allein das Argument eines eventuellen Preisanstiegs (was zusätzlich von EUROskeptischen Politikern genährt wird, wie gegenwärtig im Präsidentschaftswahlkampf zu beobachten ist), das andere Argumente für oder gegen den Beitritt Polens zur Eurozone verdeckt. Sogar die offiziellen Berichte der Polnischen Nationalbank werden immer EUROskeptischer und legen nahe, dass Polen einen Beitritt zur gemeinsamen Währung erst nach der vollständigen Überwindung der Folgen der Wirtschaftskrise in Europa und der Ordnung der Währungsunion in Betracht ziehen sollte.

Die Krise, einer der stärksten Faktoren, der die Einstellung der Europäer zum Projekt der Integration

bestimmt, hat die Haltung der Polen gegenüber der gemeinsamen europäischen Währung nicht grundlegend verändert, sondern vertieft nur manche Tendenzen, die bereits in der Phase vor der Krise sichtbar waren. Dies ist sicherlich eine Folge davon, dass die polnische Wirtschaft die Krise relativ unbeschadet überstanden hat.

Ein letzter wichtiger Punkt, der im Zusammenhang mit der potentiellen Mitgliedschaft Polens in der Eurozone aufgegriffen werden muss, ist die politische Dimension. Der Verzicht auf den Zloty macht eine Verfassungsänderung notwendig und keine Partei und keine denkbare Koalition verfügt über die notwendige parlamentarische Mehrheit, um die Änderung durchzusetzen. Die entschieden negative Position von *PiS* gegenüber der Zugehörigkeit Polens zur Eurozone blockiert jedwede kurz- und mittelfristige Beitrittsperspektive. Auch die Haltung mancher Wählergruppen gegenüber dem Euro stimmt nicht optimistisch. Sogar die relativ proeuropäische Koalition aus *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*, die Polen seit dem Jahr 2007 regiert, ist hier nicht einig. Die Wählerschaft der *PO* gehört zu denjenigen, die den Euro am positivsten bewerten, während die Wähler der *PSL* (obwohl diese die Gruppe der Landwirte repräsentiert, das heißt diejenige soziale Gruppe in Polen, die am meisten von der EU-Mitgliedschaft profitierte) eindeutig gegen die Ersetzung des Zloty durch den Euro eintreten – auf ähnlichem Niveau wie die Wählerschaft von *PiS*. Eine Situation, in der weder *PiS* noch die Parteien der gegenwärtigen Koalition aus *PO* und *PSL* an einer offenen politischen Debatte über die Zugehörigkeit Polens zur Eurozone interessiert sind, verheißt für die Integration Polens in die Währungsunion nicht das Beste.

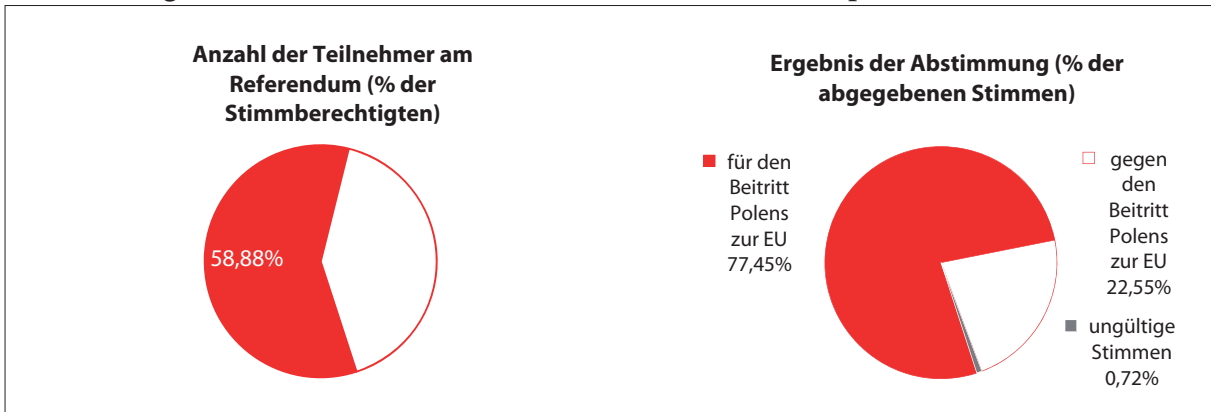
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. habil. Rafał Riedel, Politologe, bekleidet die DAAD-Gastdozentur für EU Governance-Studien an der TU Chemnitz. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Europäische Union, insbesondere die gemeinsame Klimapolitik, der gemeinsame Markt und der EUROskeptizismus. In seiner Habilitation entwickelte er methodische Instrumente zur Bewertung von EU-Ratspräsidentschaften.

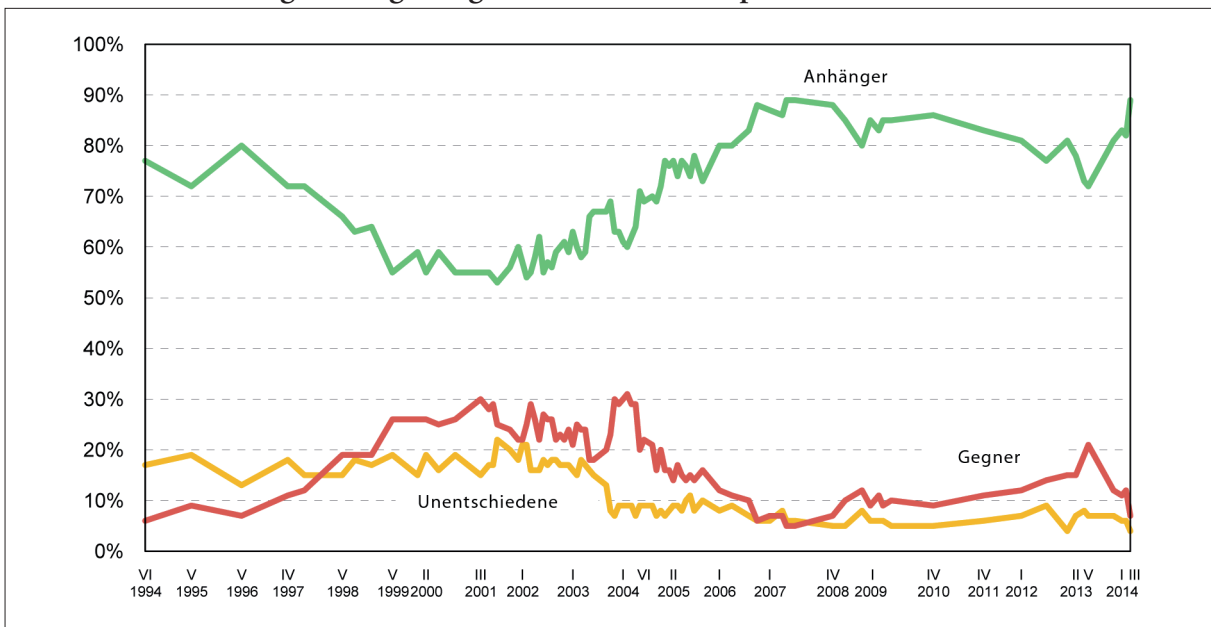
Meinungen zur Europäischen Union und zum Euro

Grafik 1: Ergebnisse des Referendums zum Beitritt Polens zur Europäischen Union im Juni 2003



Quelle: Zusammenstellung des Autors Rafał Riedel

Grafik 2: Die Haltung zur Zugehörigkeit Polens zur Europäischen Union



Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Die Haltung zur Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union (%)

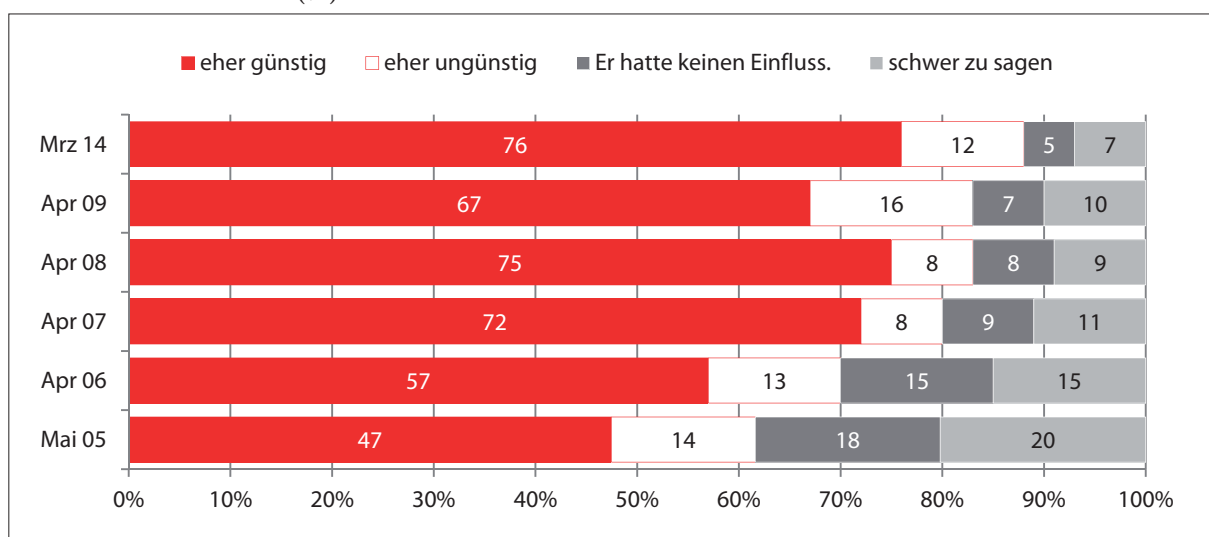
	04/2008	07/2008	11/2008	01/2009	03/2009	04/2009	06/2009
Anhänger	88	85	80	85	83	85	85
Gegner	7	10	12	9	11	9	10
Unentschiedene	5	5	8	6	6	6	5

	04/2010	04/2011	01/2012	07/2012	12/2012	02/2013	04/2013
Anhänger	86	83	81	77	81	78	73
Gegner	9	11	12	14	15	15	19
Unentschiedene	5	6	7	9	4	7	8

	05/2013	11/2013	01/2014	02/2014	03/2014
Anhänger	72	81	83	82	89
Gegner	21	12	11	12	7
Unentschiedene	7	7	6	6	4

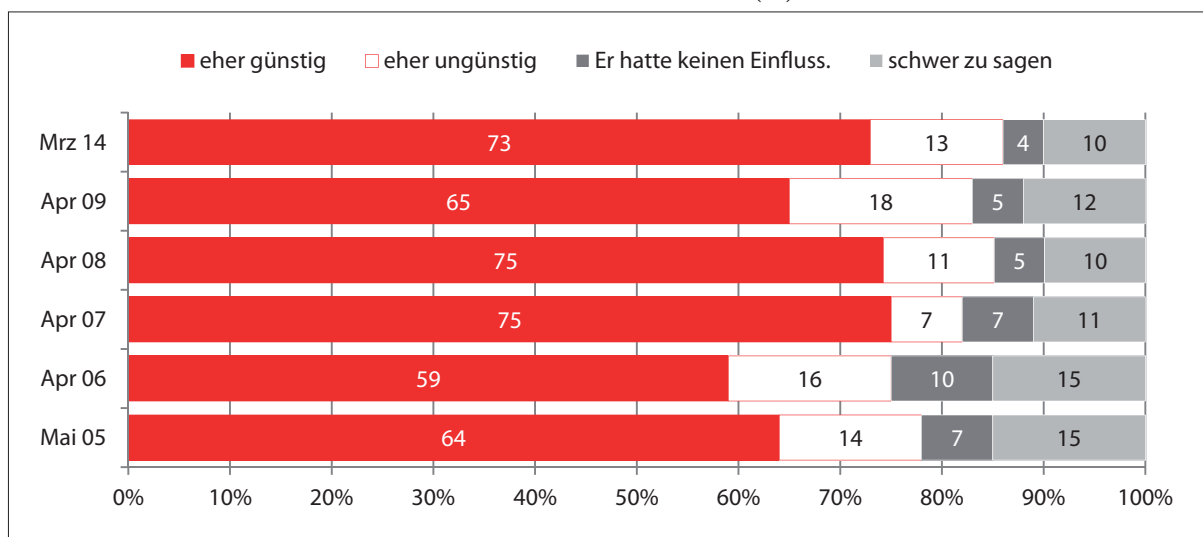
Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Hatte Ihrer Meinung nach der Beitritt Polens zur Europäischen Union einen eher günstigen, eher ungünstigen oder gar keinen Einfluss auf den Zustand der polnischen Wirtschaft? (%)



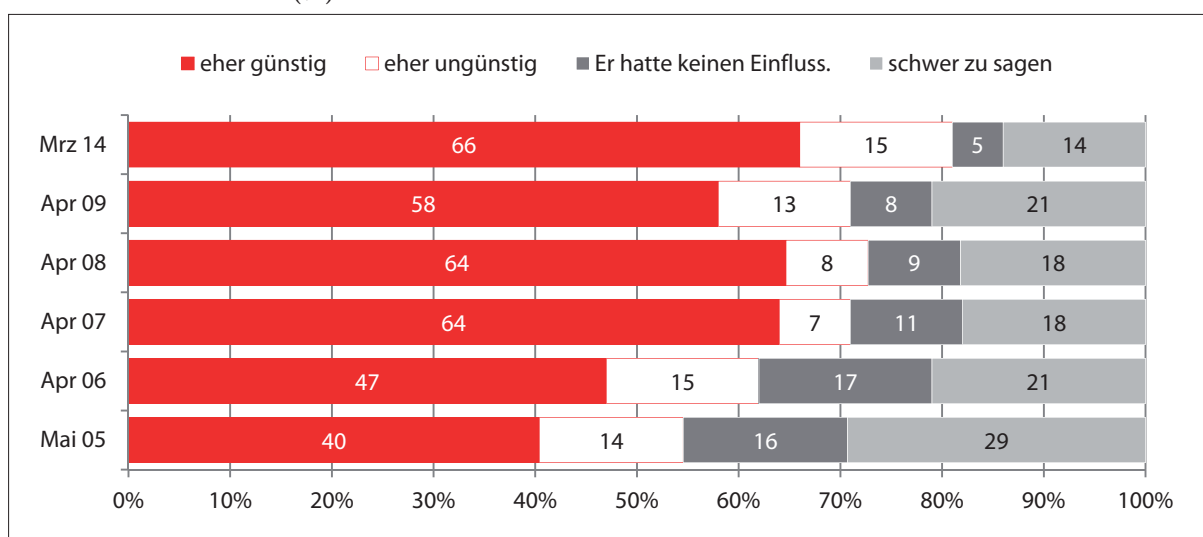
Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Hatte Ihrer Meinung nach der Beitritt Polens zur Europäischen Union einen eher günstigen, eher ungünstigen oder gar keinen Einfluss auf das Funktionieren der landwirtschaftlichen Betriebe der Individualbauern? (%)



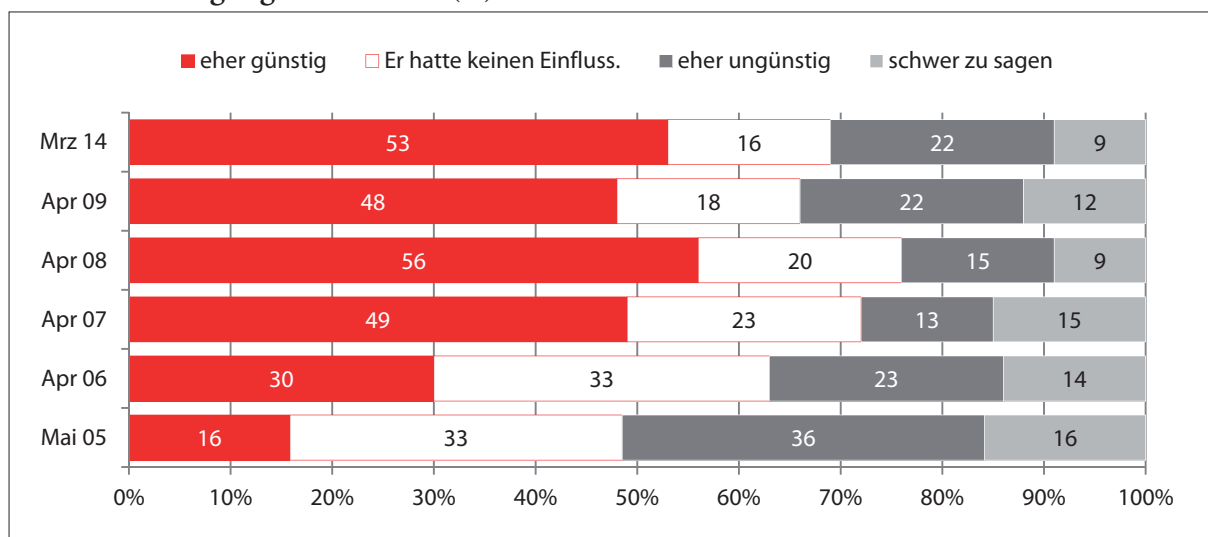
Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Hatte Ihrer Meinung nach der Beitritt Polens zur Europäischen Union einen eher günstigen, eher ungünstigen oder gar keinen Einfluss auf das Funktionieren der Unternehmen? (%)



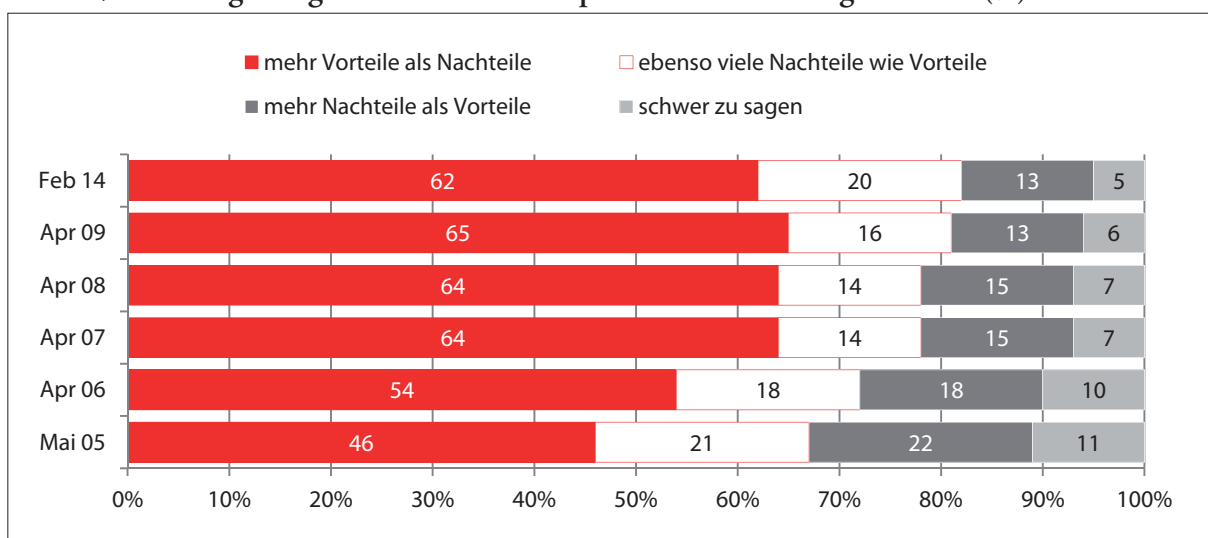
Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 6: Hatte Ihrer Meinung nach der Beitritt Polens zur Europäischen Union einen eher günstigen, eher ungünstigen oder gar keinen Einfluss auf die materiellen Lebensbedingungen der Polen? (%)



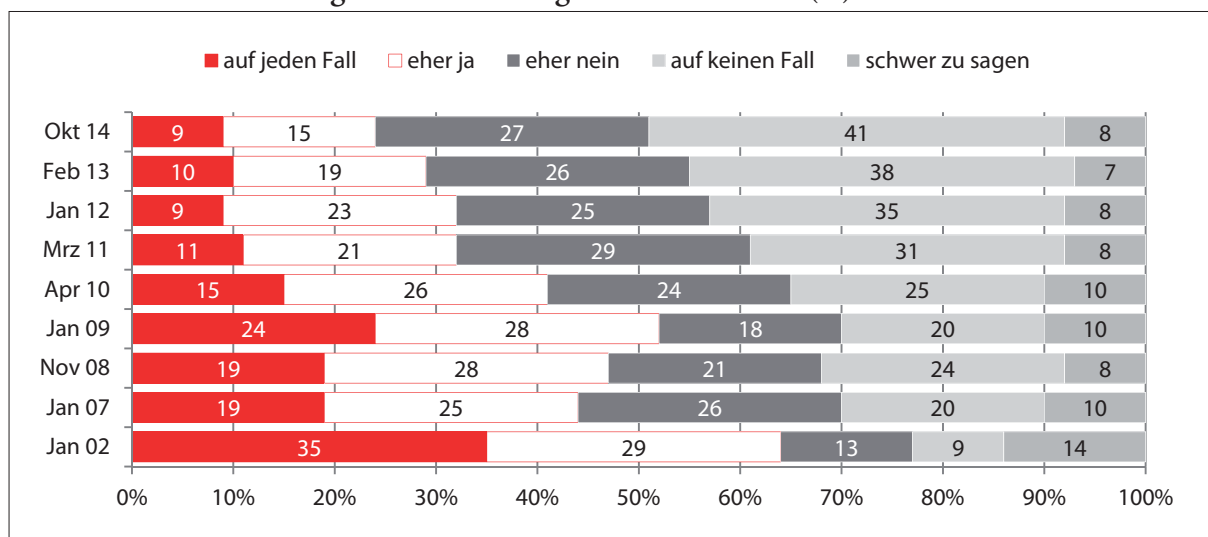
Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 7: Die Zugehörigkeit Polens zur Europäischen Union bringt Polen... (%)



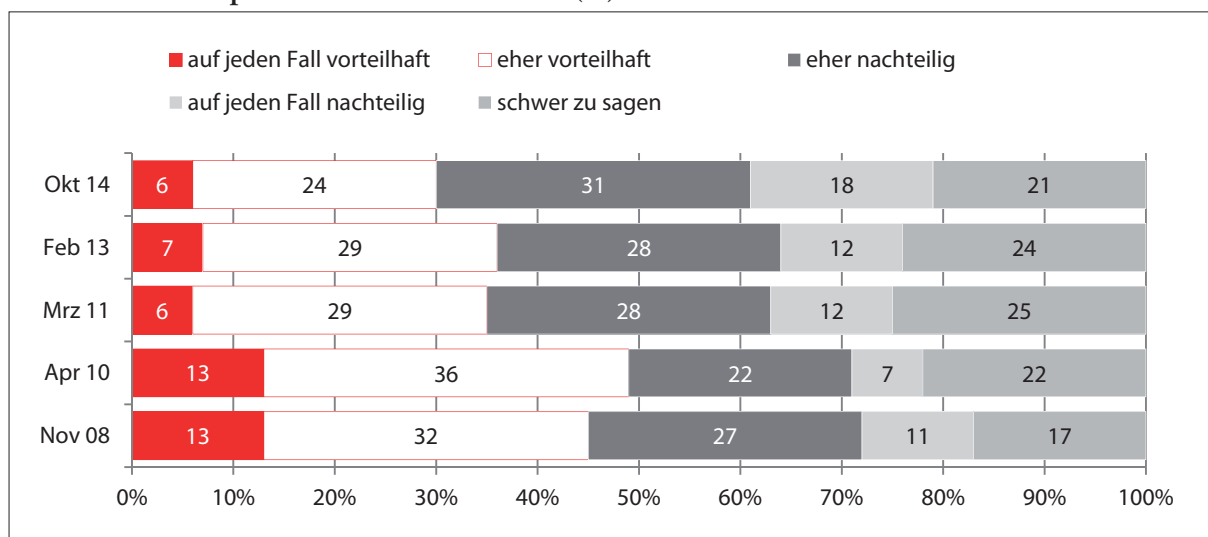
Quelle: CBOS Nr 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 8: Würden Sie der Ersetzung der polnischen Währung (Zloty) durch die von zahlreichen EU-Staaten eingeführte Währung Euro zustimmen? (%)



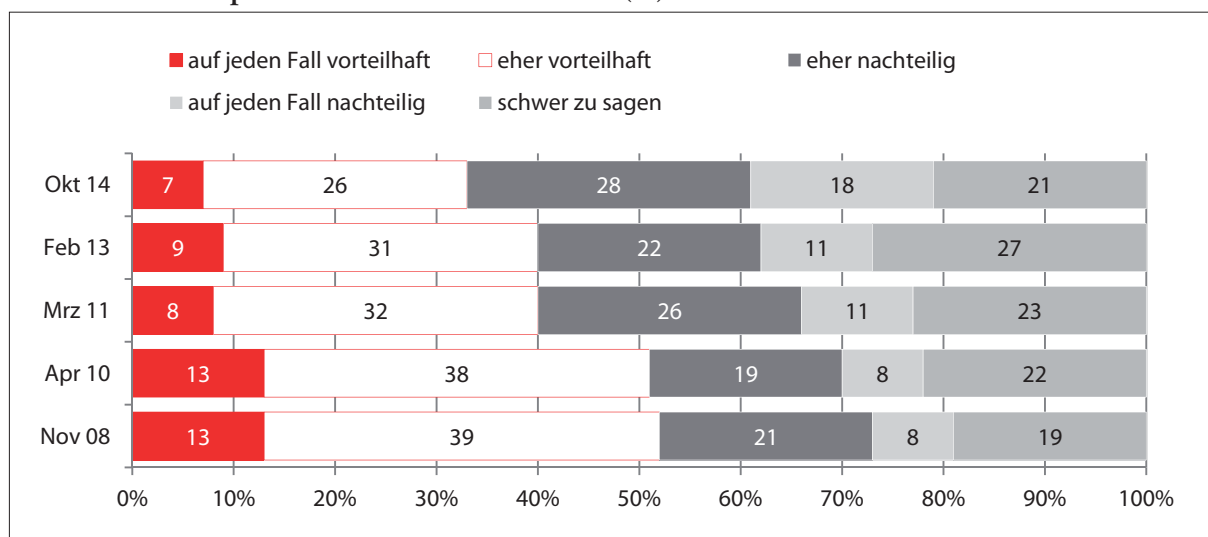
Quelle: CBOS Nr 151/2014: Narastanie obaw zwiqzanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 9: Wird Ihrer Meinung nach die Einführung des Euro in Polen vorteilhaft oder nachteilig für die polnische Wirtschaft sein? (%)



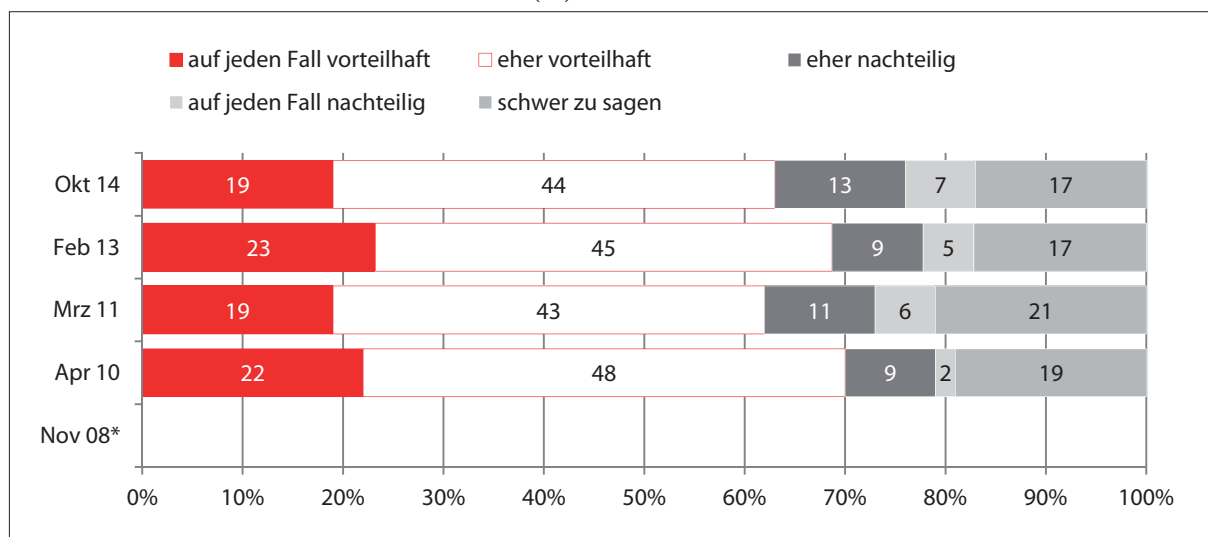
Quelle: CBOS Nr 151/2014: Narastanie obaw zwiqzanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 10: Wird Ihrer Meinung nach die Einführung des Euro in Polen vorteilhaft oder nachteilig für die polnischen Unternehmer sein? (%)



Quelle: CBOS Nr 151/2014: *Narastanie obaw związanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]*. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

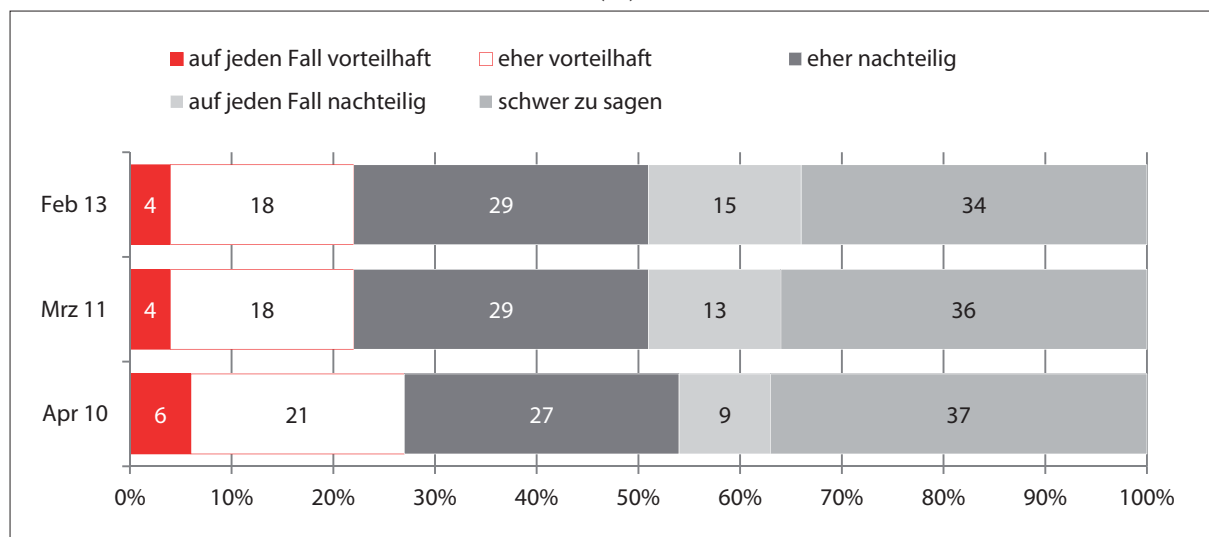
Grafik 11: Wird Ihrer Meinung nach die Einführung des Euro in Polen vorteilhaft oder nachteilig für Reisende ins Ausland sein? (%)



* Im November 2008 wurde diese Frage nicht gestellt.

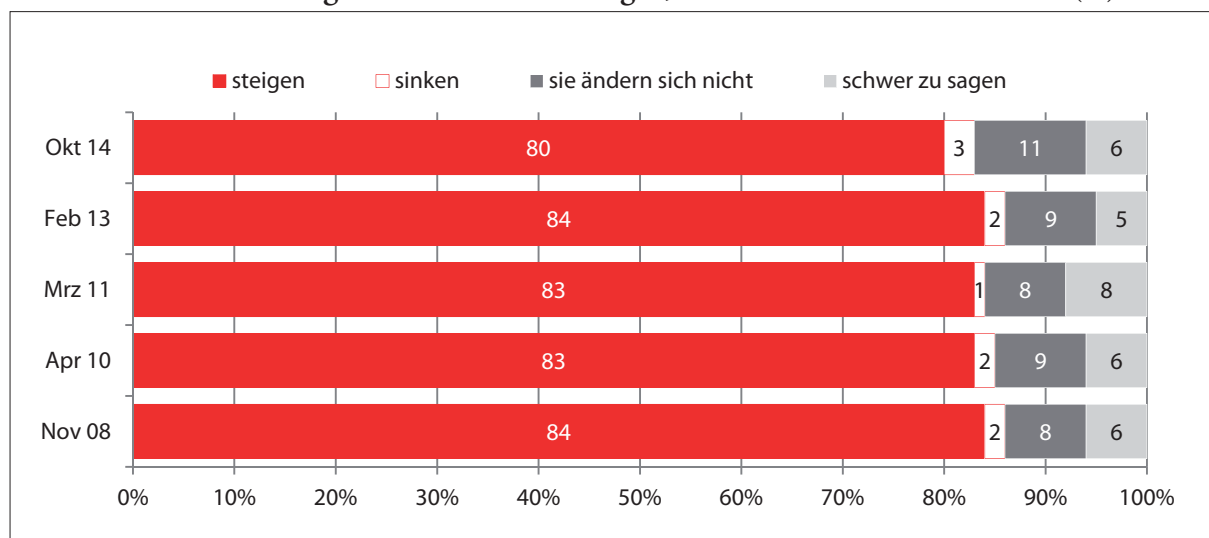
Quelle: CBOS Nr 151/2014: *Narastanie obaw związanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]*. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 12: Wird Ihrer Meinung nach die Einführung des Euro in Polen vorteilhaft oder nachteilig für Kreditnehmer der Banken sein? (%)



Quelle: CBOS BS/42/2013: *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem Euro w Polsce [Befürchtungen und Hoffnungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro in Polen].* Warszawa 03/2013. <www.cbos.pl>

Grafik 13: Erwarten Sie, dass die Preise für die grundlegenden Waren und Dienstleistungen nach der Einführung des Euro in Polen steigen, sinken oder sich nicht ändern? (%)



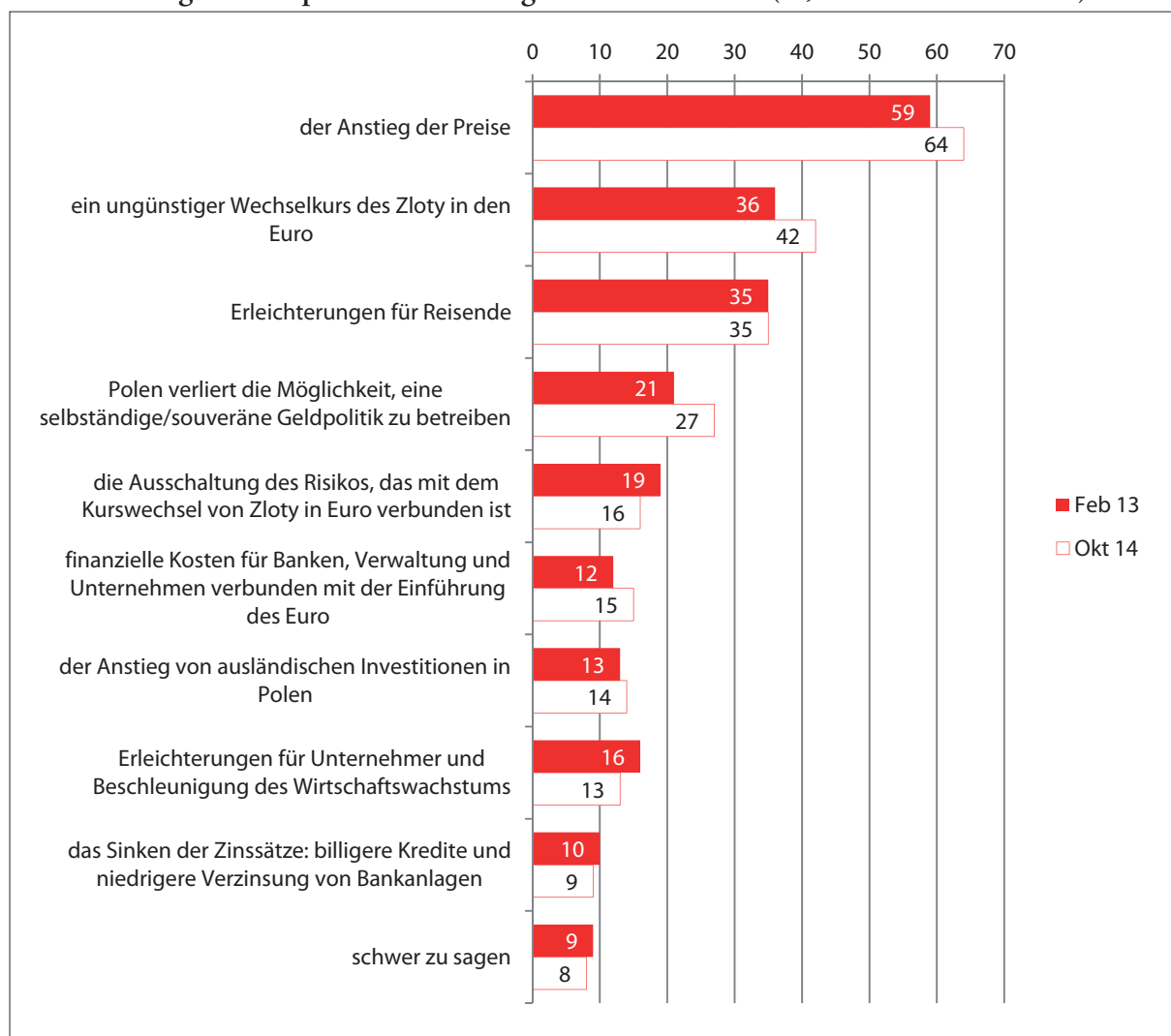
Quelle: CBOS Nr 151/2014: *Narastanie obaw związanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro].* Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 2: Welchen Aussagen über die europäische Währung stimmen Sie zu und welchen nicht? (%)

	Ich befürchte, dass der Wechselkurs des Zloty in den Euro ungünstig sein wird und die Polen Verluste machen.	Die Unterschiede des Entwicklungsniveaus zwischen Polen und den Ländern der Eurozone sind zu groß, um an die Einführung des Euro zu denken.	Die gemeinsame Währung hat sich nicht bewährt, was die Krise der Eurozone zeigt hat.	Der Euro ist eine stabilere Währung als der Zloty.	Die Einführung des Euro bedeutet, dass die Möglichkeiten Polens beschränkt werden, eine unabhängige Finanzpolitik/Geldpolitik zu betreiben.	Die Einführung des Euro ist eine selbstverständliche Konsequenz des Beitritts Polens zur EU.	Wenn Polen den Euro einführt, zählt Polen mehr in Europa.	Die Einführung des Euro bedeutet Erleichterungen und Komfort für die Menschen.
Ich stimme eindeutig zu.	48	33	30	17	26	15	11	10
Ich stimme eher zu.	32	35	35	42	30	30	28	28
Ich stimme eher nicht zu.	8	14	15	19	18	31	35	35
Ich stimme eindeutig nicht zu.	3	4	3	6	4	14	11	16
Schwer zu sagen.	9	14	17	16	22	10	15	11

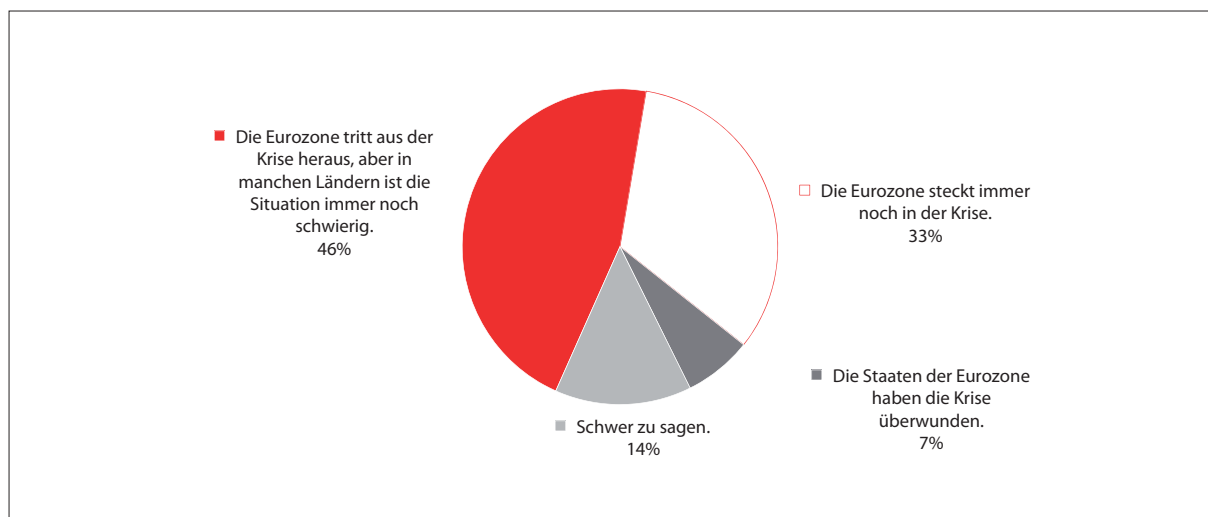
Quelle: CBOS Nr. 151/2014: Narastanie obaw zwiqzanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 14: Unabhängig davon, ob Sie Anhänger oder Gegner der Einführung des Euro in Polen sind – was wären Ihrer Meinung nach die wichtigsten möglichen Folgen der Einführung der europäischen Währung in unserem Land? (% , max. drei Antworten)



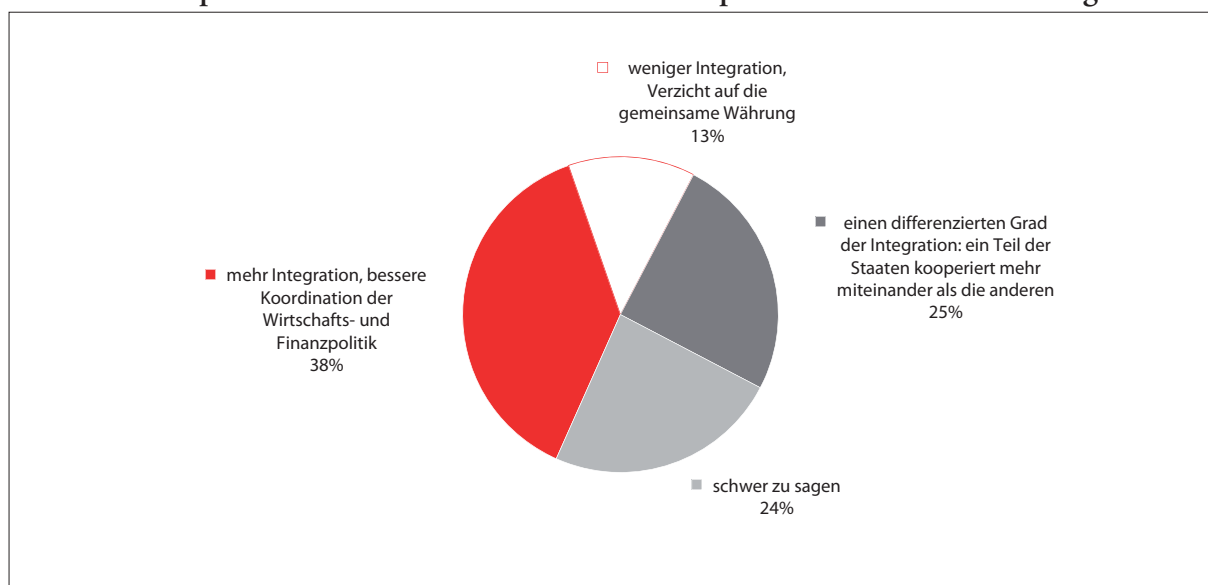
Quelle: CBOS Nr 151/2014: *Narastanie obaw związanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]*. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 15: Geling es Ihrer Meinung nach den Staaten der Eurozone, die Krise zu überwinden oder nicht?



Quelle: CBOS Nr 151/2014: *Narastanie obaw związanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]*. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 16: Die Krise in der Eurozone rief eine Diskussion über die Richtung der Entwicklung der Europäischen Union hervor. Braucht die Europäische Union Ihrer Meinung nach...



Quelle: CBOS Nr 151/2014: *Narastanie obaw związanych z wprowadzeniem Euro [Wachsende Befürchtungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro]*. Warszawa 11/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 3: Ruft die Europäische Union im Allgemeinen bei Ihnen ein sehr positives, eher positives, neutrales, eher negatives oder sehr negatives Bild hervor? (%)

	sehr positiv und eher positiv	neutral	sehr negativ und eher negativ	ich weiß nicht
EU28	39	37	22	2
<i>Polen</i>	<i>61</i>	<i>32</i>	<i>6</i>	<i>1</i>
Rumänien	59	29	9	3
Irland	53	29	16	2
Luxemburg	51	32	16	1
Bulgarien	51	30	18	1
Litauen	50	43	6	1
Malta	47	44	8	1
Estland	45	46	7	2
Belgien	42	35	22	1
Kroatien	42	38	19	1
Frankreich	41	35	23	1
Ungarn	40	42	18	0
Schweden	40	38	22	0
Slowakei	39	42	19	0
Dänemark	39	42	18	1
Portugal	38	35	25	2
Deutschland	38	41	20	1
Slowenien	38	44	17	1
Tschechische Republik	37	40	22	1
Lettland	37	51	11	1
Niederlande	37	37	26	0
Finnland	35	48	17	0
Italien	34	35	28	3
Spanien	31	46	21	2
Österreich	31	32	36	1
Großbritannien	30	35	32	3
Zypern	24	37	38	1
Griechenland	23	32	44	1

Quelle: European Commission: Standard Eurobarometer 82: Public Opinion in the European Union, First Results. Autumn 2014. p. 7. <http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm> (abgerufen am 5.05.2015)

Tabelle 4: Sehen Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch? (%)

	sehr optimistisch und eher optimistisch	sehr pessimistisch und eher pessimistisch	ich weiß nicht
EU28	7	37	56
Bulgarien	10	29	61
<i>Polen</i>	<i>9</i>	<i>17</i>	<i>74</i>
Großbritannien	9	42	49
Italien	8	47	45
Malta	8	17	75
Deutschland	8	33	59
Spanien	7	40	53
Rumänien	6	20	74
Österreich	6	40	54
Zypern	6	54	40
Irland	5	17	78
Portugal	5	44	51
Ungarn	5	40	55
Litauen	5	22	73
Estland	5	24	71
Lettland	4	31	65
Slowenien	4	36	60
Luxemburg	3	30	67
Slowakei	3	37	60
Frankreich	3	47	50
Tschechische Republik	2	40	58
Dänemark	2	25	73
Griechenland	2	60	38
Kroatien	2	31	67
Finnland	2	32	66
Belgien	1	38	61
Niederlande	1	31	68
Schweden	1	33	66

Quelle: European Commission: Standard Eurobarometer 82: Public Opinion in the European Union, First Results, Autumn 2014, p. 12. <http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm> (abgerufen am 5.05.2015)

21. April 2015 – 4. Mai 2015

21.04.2015	Die Regierung beschließt die Empfehlung des Verteidigungsministeriums zur Modernisierung der polnischen Streitkräfte. Der Vertrag über Patriot-Raketen zur Luftraumverteidigung wird zwischen den Regierungen Polens und der USA ausgehandelt. In der Ausschreibung für Hubschrauber wird dem europäischen Konzern Airbus Helicopters der Zuschlag für die Testphase gegeben.
23.04.2015	Außenminister Grzegorz Schetyna stellt im Sejm die Grundzüge der polnischen Außenpolitik für das Jahr 2015 vor. Die Schlüsselfrage für die Zukunft Polens und der Europäischen Union sei die Garantie der Sicherheit. Polen engagiere sich für die Stärkung der Ostflanke der NATO und habe die Ausgaben des Verteidigungshaushalts auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts erhöht. Polen unterstütze die europäischen Bemühungen und den Reformprozess in der Ukraine sowie in Moldawien und Georgien. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft befürworte Polen Kontakte mit Armenien, Aserbaidschan und Belarus.
24.04.2015	Das Außenministerium übermittelt der Botschaft der Russländischen Föderation in Warschau eine diplomatische Note, dass dem russischen Motorradklub »Nachtwölfe«, der von Staatspräsident Wladimir Putin unterstützt wird, die Fahrt durch Polen auf dem Weg von Moskau nach Berlin untersagt wird. Angeführt werden organisatorische und sicherheitstechnische Gründe. Der Motorradklub wollte die Fahrt aus Anlass des 70. Jahrestages des Sieges der Sowjetunion über Deutschland durchführen. Einigen Klubmitgliedern wird die aktive Teilnahme an der Annexion der Krim durch Russland im letzten Jahr vorgeworfen.
24.04.2015	Der ehemalige Außenminister Władysław Bartoszewski stirbt in Warschau im Alter von 93 Jahren. Bartoszewski, ehemaliger Auschwitz-Häftling, in der Zeit der Volksrepublik Polen mehrfach inhaftiert, Aktivist der demokratischen Opposition, gilt als einer der Wegbereiter der polnisch-deutschen Aussöhnung und der polnisch-christlich-jüdischen Verständigung. Bis zuletzt war er Beauftragter des Ministerpräsidenten für den internationalen Dialog und Koordinator für die polnisch-deutschen Beziehungen.
26.04.2015	Auf dem Landeskongress von Polen Gemeinsam Vereinigte Rechte (Polska Razem Zjednoczona Prawica) in Warschau wird Jarosław Gowin als Vorsitzender bestätigt. Die Delegierten sprechen sich dafür aus, den Kandidaten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für das Amt des Staatspräsidenten zu unterstützen. Anwesend sind auf dem Kongress auch der Parteivorsitzende von PiS, Jarosław Kaczyński, von Solidarisches Polen (Solidarna Polska), Zbigniew Ziobro, und von Rechte der Republik (Prawica Rzeczypospolitej), Marek Jurek.
27.04.2015	Unter dem Vorsitz von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und Bundeskanzlerin Angela Merkel finden in Warschau die 13. Polnisch-Deutschen Regierungskonsultationen mit zahlreichen Mitgliedern des Bundeskabinetts und des polnischen Kabinetts statt. Ministerpräsidentin Kopacz mahnt die Verantwortung beider Länder für die Zukunft der Europäischen Union an. Die Innen- und Verkehrsminister thematisieren die bilaterale Zusammenarbeit im Grenzraum. Des Weiteren wird von den Verteidigungsministerien eine Absichtserklärung zur Stärkung der Zusammenarbeit der Luftstreitkräfte unterzeichnet.
28.04.2015	Die Regierung verabschiedet den vom Finanzministerium vorgelegten Mehrjährigen Staatlichen Finanzplan 2015–2018. Dieser geht von einem Wirtschaftswachstum von 3,9 % bzw. 4 % in den kommenden zwei Jahren aus. Schätzungen zufolge wird die Arbeitslosigkeit auf 8,2 % (2015), 7,6 % (2016) bis schließlich auf 6,5 % (2018) sinken.
29.04.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz nimmt das Rücktrittsgesuch von Justizminister Cezary Grabarczyk an. Hintergrund sind Medienberichte, dass Grabarczyk sich illegal einen Waffenschein beschafft haben soll.
30.04.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz empfängt in Warschau den Präsidenten des Parlaments der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman. Thematisiert werden die bilateralen Beziehungen und konkrete Fortschritte im Reformprozess in der Ukraine, für den Polen einen Kredit in Höhe von 100 Mio. Euro bereitstellt.
01.05.2015	In seiner Rede aus Anlass des Beitritts Polens zur Europäischen Union vor elf Jahren unterstreicht Staatspräsident Bronisław Komorowski den klugen Einsatz der EU-Mittel in Polen und die daraus resultierenden Erfolge. Dies sei richtungweisend für die kommenden Jahre, in denen Polen ca. 400 Mrd. Zloty aus Mitteln des EU-Budgets erhält.
02.05.2015	Irena Wóycicka, Staatssekretärin für soziale Angelegenheiten beim Staatspräsidenten, teilt mit, dass eine Arbeitsgruppe für das Programm »Guter Start für die Jugend« eingesetzt wird. Dieser sollen Vertreter der Regierung, der Selbstverwaltungsorgane, der Unternehmer und der Arbeitgeber sowie der Hochschulen und von Nichtregierungsorganisationen angehören. Ziel sei es, jungen Menschen in Polen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt, bei der Gründung einer Familie und bei der Mitgestaltung der Zivilgesellschaft zu geben.

03.05.2015	Andrzej Duda, Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), spricht sich für die Erarbeitung einer neuen Verfassung aus, sollte er zum Staatspräsidenten gewählt werden. Diese solle die Souveränität des Staates, Bürgerrechte und demokratische Verfahren wie Wahlen akzentuieren und garantieren.
03.05.2015	In seiner Rede aus Anlass des Nationalfeiertags der Verfassung vom 3. Mai (1791) warnt Staatspräsident Bronisław Komorowski mit Bezug auf den russisch-ukrainischen Konflikt, dass seit langem kein kriegerischer Konflikt so nahe der polnischen Grenzen stattfand, und appelliert an die Polen, interne Konflikte beizulegen und an einem geeinten und daher starken Polen zu arbeiten.
04.05.2015	In Warschau findet das Staatsbegräbnis des hochrangigen Politikers Władysław Bartoszewski statt. Neben Staatspräsident Bronisław Komorowski und Ministerpräsidentin Ewa Kopacz würdigen auch Bundespräsident Joachim Gauck, der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, und Senatsmarschall Bogdan Borusewicz den Verstorbenen im Anschluss an den Trauergottesdienst in der Johannes-Kathedrale. Anschließend wird Bartoszewski auf dem Powązki-Friedhof beigesetzt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlerstätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen